

- finanziert auf Kosten der Sozial-Mieter\_Innen Projekte wie das Kunstdepot, M1, Parkhäuser, ... und stopft Haushaltslöcher des städtischen Haushalts, mittels einer versteckten Gewinnabführung (Grundstücksverkäufe, ...).
- leistet mit ihrer Politik der Gentrifizierung Vorschub !

**Aktuelles Beispiel** für die ekelhafte Politik der FSB ist die Situation in Weingarten: Dort wurde Ende 2007 bei über 1.000 Wohnungen die Miete um 20% erhöht. Dies nur wenige Tage nachdem der Verkauf der FSB durch den Bürgerentscheid verhindert worden war.

2010 ging es in die nächste Runde: 10% Erhöhung – und das für Wohnungen, die immer noch in einem beschissenen Zustand sind: Schimmel an den Wänden, wellige Fußböden, undichte Fenster...

**Viele der betroffenen MieterInnen haben sich in einer Initiative** organisiert, knapp die Hälfte verweigerte zeitweise die nötige Zustimmung zur Mieterhöhung. Das Motto war: ob die FSB jetzt tatsächlich 350 Mietparteien verklagen wird, das wollen wir doch mal sehen.

Und die FSB hat es getan! 220 Mieter\_Innen haben nun Kosten von ca. 200€.

**Lassen wir nicht zu, dass sie auf den Folgen für ihren Mut alleine sitzen bleiben!**

Soli-Veranstaltung des *SUSI-Chors* mit *Jess Jochimsen* am 24.02 20 Uhr im Haus 37 (Vauban) mehr Infos unter: [www.wohnen-ist-menschenrecht.de](http://www.wohnen-ist-menschenrecht.de).

**Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen: Sich selber organisieren, sich mit Mietkämpfenden solidarisieren, die eigenen Bedürfnisse ausdrücken und ohne Kompromisse durchkämpfen, das ist die einzige Sprache, in der wir uns verständlich machen können.**

### “Recht auf Stadt“



Unter dem Stichwort „*Right to the City – Recht auf Stadt*“ organisieren sich weltweit neue Protestbewegungen, die gegen die vorherrschende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche eigene Teilhabeansprüche an städtischen Entwicklungen einfordern. Recht verstanden als Wiederaneignung des städtischen Raums. Das „Recht auf Stadt“ lässt sich nicht auf konkrete Forderungen und Projekte beschränken, sondern verknüpft vielfältige Gruppen, Aktionsformen und Utopien.

Anstatt einer durchkommerzialisierten „Green City“, die aus unseren grundlegenden Bedürfnissen Geld macht, um daraus mehr Geld zu machen, orientieren sich die Auseinandersetzungen an den Bedürfnissen der Menschen.

### **Route der 2. Freiburger Mieten-Stopp-Rad-Rally am 19.02. 2011**

Gartenstrasse 19 - Stadttheater – Habsburger – Beurbarung - ...

mehr unter <http://annefreiburg.blogspot.de>

## 2. Freiburger Mieten-Stopp-Rad-Rallye

In den vergangenen Jahren sind die Wohnungsmieten in Freiburg kontinuierlich angestiegen. Das Freiburger Preis- und Mietniveau von Wohnimmobilien lag im Jahre 2010 58% über dem Bundesdurchschnitt (2004 „nur“ 41,9%). In den meisten Stadtteilen ist es kaum noch möglich, eine Wohnung unter 8 €/qm<sup>2</sup> zu finden - offiziell beträgt die Durchschnittsmiete zwar „nur“ 6,92 €/qm<sup>2</sup> (Mietspiegel 2010); wer je einen Blick auf die wöchentlichen Wohnungsannoncen geworfen hat, weiß, dass die Realität anders aussieht. Weil in Freiburg die Einkommen vergleichsweise niedrig sind, müssen die MieterInnen hier so viel wie nirgendwo sonst in Deutschland von ihrem Verdienst für die Miete aufwenden: fast 44 Prozent.

Gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum aufgewertet, stehen zahlreiche Gebäude leer, wird immer mehr Büroraum gebaut.

**Anstatt mehr bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, werden Sozialwohnungen reduziert, gleichzeitig werden Hunderttausende von Euro in überflüssige Großprojekte investiert, und Haushalt für Haushalt eine rigide Sparpolitik praktiziert - das Bedürfnis Wohnen wird unbezahlbar.**

Die Mieten in Freiburg, die vor allem auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen gehen, sind aber kein tragisches Schicksal, sondern Ergebnis eines profitorientierten Immobilienmarktes und einer Wohnungspolitik der Stadtverwaltung, die einseitig die Interessen von Unternehmen und VermieterInnen vertritt.

Für Städte wie Freiburg, Hamburg, München, Berlin etc. hat die Konkurrenz der Standorte mittlerweile dazu geführt, dass sich die städtische Politik immer mehr einer »Image City« unterordnet. Es geht darum, ein bestimmtes Bild von Stadt zu vermarkten: das Bild von der „innovativen“ Stadt, der „Green City“, die ein anregendes Umfeld und beste Chancen für Gutverdienende, Investoren und Franchising- Ketten aller Couleur bietet.

Wo immer eine Innenstadtlage zu Geld zu machen ist, wo immer ein Fläche zu verdichten, einem Grünstreifen ein Grundstück abzuringen oder eine Lücke zu schließen ist, wirft die städtische Verwaltung die »Sahnelagen« auf den Immobilienmarkt – zum Höchstgebot und mit einem Minimum an Auflagen. Aus ehemals bezahlbarem Wohnraum wird binnen kürzester Zeit eine exklusive Wohngegend mit angeschlossener Büro- und Shopping-Meile, in der es unmöglich ist, Projekte zu betreiben, die nicht einzig und allein dem Diktat des Umsatzes verpflichtet sind.

Was dabei entsteht, ist eine segregierte Stadt, wie im 19. Jahrhundert: die Promenaden den Gutsituierteren, dem Pöbel die Mietskasernen außerhalb.

Beispiele für diese „Gentrifizierung“ finden sich in Freiburg überall:

- **Haslach**, ein Stadtteil mit (noch!) verhältnismäßig günstigen Mieten, wird zunehmend aufgewertet. So baut die Stadtbau als „soziales“, städtisches Wohnungsunternehmen aktuell Wohnungen mit einem Quadratmeterpreis von 10-12 €. Dieser Preis steht in keinem Verhältnis zu dem Einkommen der dort lebenden Menschen.

- Die wenigen Wohnungen in der **Johann-Sebastian-Bach-Straße**, die sich Geringverdiener in Herdern leisten können, stehen schon seit Jahren leer und sollen nun abgerissen bzw. durch lukrative Neubauten ersetzt werden.
- Von den ursprünglich geplanten 50% Mietwohnungen im Vorzeigestadtteil **Vauban** sind nicht mal die Hälfte gebaut worden. Anstatt hier Wohnraum zu schaffen, der für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar ist, wurde eine Eigentumsiedlung für Gutverdiener geschaffen.
- In der **Innenstadt** ist der Ausbau als Konsummeile schon besonders weit fortgeschritten, mit dem geplanten Umbau des Platzes der Alten Synagoge wird der letzte nichtkommerzielle Treffpunkt beseitigt. Obdachlose, Straßenpunks und politische Versammlungen sollen in dieser Innenstadt keinen Platz mehr haben. In einer Stadt, in der man die sozialen Konflikte nicht lösen will, werden diese an den Rand verschoben und ausgegrenzt.

**Wir lehnen eine Stadtpolitik ab, die sich in erster Linie innerhalb der Logik der unternehmerischen Stadt bewegt, in der die Zukunftspotenziale der Stadt hauptsächlich durch die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erschlossen werden.**

**Wir weigern uns, über diese Stadt in Verwertungs-Kategorien zu sprechen.**

Wir sagen:

- **Nein zu der Inwertsetzung des städtischen Raumes, zu Mietsteigerungen, Luxussanierungen und die Umwandlung von Miete in Eigentum.**

- Nein zu einer Praxis, in der Menschen mit geringem Einkommen wegziehen müssen, weil ein profitorientierter Immobilienmarkt, Hartz IV und eine städtische Wohnungsvergabepolitik dafür sorgen.

- Gegen den Irrsinn aus *massiver Wohnraumverwertung* und *steigenden Mieten* bei gleichzeitigem *Leerstand*, *überflüssigen Großbauprojekten* (X-Press, Platz der Alten Synagoge etc.) setzen wir ein **Recht auf Stadt**.

- Wir wollen die Frage »Wie wollen wir leben?« nicht auf Stadtentwicklungs-Foren diskutieren, die lediglich eine Alibifunktion erfüllen. **Für uns hat das, was wir in dieser Stadt machen, immer mit Gegenentwürfen zu tun, mit Utopien und Freiräumen, mit dem Unterlaufen von Verwertungs- und Standortlogik.**

- Wir kämpfen für eine kollektive Wiederaneignung des städtischen Raumes.

- Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen.

**Es geht darum, Freiräume zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für jene lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der »aufgewerteten Stadt« gehören. Wir nehmen uns das 'Recht auf Stadt' – mit all den Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich weigern, Standortfaktor zu sein.**

## *Das Unternehmen Freiburger Stadtbau (FSB)*

**Die Stadtbau ist eine Macht auf dem Freiburger Wohnungsmarkt.**

**Mit fast 9.000 Wohnungen kontrolliert sie jede achte Mietwohnung in dieser Stadt.**

**Die Stadtbau (FSB) ist vor allem ein Unternehmen.**

Ein Unternehmen, „das unter wirtschaftlichen Zielsetzungen zu führen ist und Einnahmemöglichkeiten, auch im Mietbereich, im Rahmen der Gesetze und Möglichkeiten ausschöpfen soll“.

So steht es in den Grundsatzpapieren aus den Jahren 2001 und 2006, die vom Gemeinderat gebilligt wurden. Auch die SPD, die jetzt auf Opposition macht, hat dieser Ausrichtung damals zugestimmt.

**Die Methoden** des städtischen Wohnungsbauunternehmens unterscheiden sich in einigen Nuancen von privaten Unternehmen wie z.B. der einschlägig bekannten Firma Sauer Immobilien.

**Die Ziele** von Stadtbau und Sauer sind allerdings dieselben: Gewinn aus den Wohnungen rausholen.

**Was tut die Stadtbau? Sie**

- reißt billigen Wohnraum ab, der angeblich nicht mehr zeitgemäß ist, wie z.B. im Spittelackerweg vor einigen Jahren. So werden ca. 1/3 der Wohnungen der Stadtbau als nicht mehr „entwicklungsfähig“ eingestuft.
- verkauft unrentable Wohnungen, allein 1.400 Stück in den Jahren 2001 bis 2005 an den Mietwohnungsgiganten Gagfah
- treibt die Mieten durch Zwangssanierungen im großen Stil um bis zu 40% hoch, wie z.B. in der Fehrenbachallee, was jede fünfte Bewohnerin aus finanziellen Gründen zum Ausziehen zwingt. Verdrängung findet auch unter dem Deckmantel der Energetischen Sanierungen statt Bsp. „Erstes Passivhochhaus“ in Weingarten.
- baut mithilfe von Landesmitteln neue Wohnungen, die entweder verkauft oder zu hohen Preisen vermietet werden (z.Bsp. in Haslach min. 2750 €/m<sup>2</sup>).
- erhöht die Mieten, wo immer es geht, natürlich „im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten“ und mithilfe des Miet(erhöhungs)spiegels, der von fast allen Gemeinderatsfraktionen bereitwillig abgenickt wurde.
- hat immer mehr Wohnungen, die für Hartz IV - EmpfängerInnen zu teuer sind. Die Mieten der FSB sind oft höher als die vom Gemeinderat beschlossenen Mietobergrenzen (MOG) im Hartz IV. Dies hat zur Folge, dass diese Menschen von der ARGE gezwungen werden, billigeren - nicht vorhandenen - Wohnraum zu finden oder die Kosten selber zu tragen. 1/3 der Menschen, die sich im sog. „Mietüberprüfungsverfahren“ befinden sind MieterInnen der FSB!